

Antrag für den Parteitag der Münchner SPD am 25.03.2017

**Aufnahme einer Bodenwertabgabe (Planungswertzuwachsabgabe)
in das SPD-Bundestagswahlprogramm 2017**

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD nimmt die Schaffung einer Bodenwertabgabe (Planungswertzuwachsabgabe) als Bundesgesetz in das Bundestagswahlprogramm 2017 auf.

Begründung:

Der Wertzuwachs, der bei der Umwandlung von bisher nicht baulich genutzten Flächen (siehe die Auflistung der Arten der Flächennutzung in § 5 BauGB: Inhalt des Flächennutzungsplans) in Bauland bzw. Bauerwartungsland entsteht, soll nicht ohne angemessene Besteuerung zum Erzielen von Spekulationsgewinnen verwendet werden dürfen. Gerade in einer Zeit, da in einer Zeit der Niedrigverzinsung von Geldkapital Grund und Boden die am meisten nachgefragte wertgesicherte – und angesichts des beschränkten Angebots – mit fast automatischer Wertsteigerung verbundene Anlagemöglichkeit ist und somit ein bevorzugtes Ziel der Spekulation, ist das Schaffen einer Bodenwertabgabe auch für die Bundesrepublik unerlässlich.

Österreich und die Schweiz haben sie schon vor Jahren eingeführt.

Bereits Hans-Jochen Vogel hat in seiner Zeit als Bundesbauminister (1972-1974) versucht, eine, wie er selbst in seinen Memoiren sagt, auf Eindämmung der Bodenspekulation gerichtete Bodenrechtsreform durchzusetzen. Diese erhielt zwar im Bundestag eine Mehrheit, scheiterte jedoch im Bundesrat.

Heute, da infolge der Globalisierung die Einflussmöglichkeiten des nicht mehr durch Grenzen behinderten Kapitals auf das nicht vermehrbare und darum besonders preiseempfindliche Gut Grund und Boden um ein Vielfaches höher sind als vor 40 Jahren, ist es so notwendiger, im Interesse der Bevölkerung, speziell von Mietern und Besitzern selbstgenutzter kleiner Grundstücke, aber auch aus Gründen der allgemeinen Besteuerungsgerechtigkeit von Einkommen, eine Steuermöglichkeit einzuführen.

Auch die Stadtplanungswissenschaft an den Universitäten sowie unabhängige Experten – soferne nicht vom Kapital interessengeleitet – sind sich weitgehend einig darüber, dass eine Bodenwertabgabe eingeführt werden muss.